

Zu den Kommunalwahlen in Süddeutschland

Mit großer Aufmerksamkeit hat die deutsche Arbeiterbewegung die Wahlen in den Gemeinden, Kreisen und besonders die Städtewahlen in Süddeutschland als erste demokratische Willenskundgebung nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus verfolgt. Besonders die sich zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse bekennenden Werktätigen aller Besatzungszonen haben mit Spannung das Ergebnis des politischen Kampfes erwartet, den ihre Genossen gegen die anderen Parteien um die Erringung des politischen Einflusses in der Kommunalpolitik zu führen hatten.

Verglichen mit den Ergebnissen der Kreistags wahlen haben sowohl die SPD wie die KPD ihre Stimmenzahl erhöhen können. Wir begrüßen die Tatsache, weil wir für die Stärkung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes des schaffenden Volkes kämpfen, ganz gleich, ob die Erhöhung des politischen Einflusses der Werktätigen durch die SPD oder KPD erfolgte. Unser politisches Blickfeld ist nicht durch Parteiegoismus eingeengt. Als Sozialisten interessierte uns nicht so sehr das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien. Die zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sich bekennenden Werktätigen haben diesen gefährlichen Standpunkt endlich überwunden. Sie wollen nicht eine Wiederholung des Bruderkampfes und die Schwächung der politischen Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, die sich zwangsläufig aus der kurzsichtigen Parole des gegenseitigen Kräftemessens ergeben muß. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird allein von dem Willen geleitet, durch Vereinigung aller schaffenden Kräfte erfolgreich für die praktische Durchführung ihrer sozialistischen Weltanschauung zu kämpfen.

Die Wahlen in Süddeutschland haben bewiesen, daß der Sache der Arbeiterbewegung mehr gedient worden wäre, wenn man statt des Kräftemessens den Weg beschritten hätte, den der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen gewiesen hatte, als er in seinem Offenen Brief vom 7. Mai 1946 zur Bildung von Aktionsausschüssen